

CDU-Kulturpolitik: Wo bleibt das Staatsziel Kultur?

Kulturpolitik der CDU ist Schwerpunkt in aktueller Ausgabe von politik und kultur

Berlin, den 01.11.2007. Die Kulturpolitik der CDU ist ein Schwerpunktthema in der aktuellen Ausgabe von *politik und kultur*, der Zeitung des Deutschen Kulturrates. Damit wird in *politik und kultur* die Reihe zur Kulturpolitik der Parteien fortgesetzt. In der Ausgabe 4/2007 machte die SPD den Anfang, in der letzten Ausgabe stand die FDP im Mittelpunkt und in dieser nun die CDU. In den nächsten Ausgaben geht es um die Kulturpolitik von Bündnis 90/Die Grünen (Ausgabe 1/2008), von Die Linke (Ausgabe 2/2008) und von der CSU (Ausgabe 3/2008).

Zur Kulturpolitik der CDU nahmen in dieser Ausgabe von *politik und kultur* der Stellvertretende Parteivorsitzende **Christian Wulff, MdL**, Kulturstaatsminister **Bernd Neumann, MdB**, der kulturpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion **Wolfgang Börnsen, MdB**, die brandenburgische Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur **Johanna Wanka, MdL** und der nordrhein-westfälische Kulturstaatssekretär **Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff** Stellung. **Jörg-Dieter Gauger** und **Hans-Jörg Clement** schildern, welche Akzente die Konrad-Adenauer-Stiftung in der Kulturpolitik sowie in der Künstlerförderung setzt.

Der Stellvertretende CDU-Bundesvorsitzende **Christian Wulff** schreibt, dass Kulturpolitik auch ein Faktor für Wachstum und Wohlstand ist. Die Beschäftigung mit Kunst und Kultur fördert, so Wulff, Innovationen und eine breit angelegte Kulturpolitik ist mitentscheidend für den Zusammenhalt in der Gesellschaft. Wulff bekennt sich klar zur Leitkultur, die, wie er schreibt, die Grundwerte des Grundgesetzes und die Verantwortung aus der Geschichte umfasst.

Kulturstaatsminister **Bernd Neumann** unterstreicht in seinem Artikel die Verpflichtungen, die Deutschland als Kulturnation erwachsen. Er nennt dabei, die kontinuierliche Weiterentwicklung und Verbesserung der Rahmenbedingungen von Kunst und Kultur, die Förderung von kulturellen Einrichtungen und Projekten von nationaler und gesamtstaatlicher Bedeutung und die Positionierung Deutschlands in der internationalen Kulturpolitik.

Der Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates, **Olaf Zimmermann**, sagte: Die SPD und die FDP setzen die CDU zurzeit kulturpolitisch heftig unter Druck. Beide Parteien haben bei ihren Parteitag jeweils einen umfangreichen Leitantrag zur Kulturpolitik verabschiedet, bei dem sie eindeutig und unmissverständlich die Aufnahme des Staatsziels Kultur im Grundgesetz fordern. Die CDU hat sich bislang nicht dazu durchringen können, ein ebenso klares Votum für die Aufnahme des Staatsziels Kultur im Grundgesetz auszusprechen. Bei ihrem Parteitag im Dezember hat die CDU die Möglichkeit, mit den anderen Parteien gleichzuziehen.

- *politik und kultur* Hg. von **Olaf Zimmermann** und **Theo Geißler**. Erscheint sechsmal jährlich. Erhältlich in Bahnhofsbuchhandlungen, an großen Kiosken, auf Flughäfen und im Abonnement. Einzelpreis: 3,00 Euro, im Abonnement: 18,-- Euro (inkl. Porto)
- Die November/Dezember-Ausgabe von *politik und kultur* steht zusätzlich in der Online-Version unter <http://www.kulturrat.de/puk/puk06-07.pdf> (6,2 MB) im Internet als pdf-Datei zum Herunterladen bereit.